83. Jahrgang. Nr. 499 Sonntag, 23. Oktober 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschließlich 48,86 Rpf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Erscheinen. Einzelnummer 15 Rpf., außerhalb Sachsens 20 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise: Grundpreis Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Radzeile nach Tarif. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachlaß nur mit Auftragsbestätigung. Beilagen: Nachlaß. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Schiffssperren von Hankau eingenommen

Japanische Flugzeuge belegen die Stadt mit Bomben

Hankau, 22. Oktober.

Nach Gerüchten, die hier wild umlaufen, haben japanische Kriegsschiffe die Schiffssperre Hwangkang—Ocheng 95 Kilometer flußabwärts passiert und sind im Begriff, auch die Sperre bei Twanfeng 70 Kilometer unterhalb von Hankau zu überwinden. Zu einer Umfassung vom Süden her gegen die Bahnlinie Hankau—Tschangscha angesetzte Kolonnen sind in nächster Nähe in Sienning angelangt. Vom frühen Morgen an herrscht regste Fliegertätigkeit, auch über Hankau, wo gegen 10 Uhr mehrere leichte Bomber bei einem Vorortsbahnhof der Peiping-Hankau-Bahn Bomben abwarfen. Gleichzeitig flogen 27 schwere Bomber nordwärts an den chinesischen Rückzugswegen der Nordfront entlang. Dem Vernehmen nach belegten die japanischen Flieger sämtliche Straßen im Umkreis der chinesischen Hankaufronten mit Bomben.

Seit Donnerstag ist in Hankau fern rollender Kanonendonner zu hören. Die Bewohner betrachten das Schicksal der Stadt als besiegelt. Trotzdem sind die Gaststätten, Lichtspielhäuser, Klubs und Tanzdielen noch immer von Besuchern überfüllt. Daneben beginnt aber auch schon die beschleunigte Räumung der Stadt. Die Dampfer flußaufwärts sind brechend voll. Für Rikschas, Kähne, Dschunken und Fahrzeuge aller Art werden Höchstpreise gezahlt. Es ist damit zu rechnen, daß die Millionenstadt Hankau fast leer sein wird, wenn die Japaner einrücken.

Die Ausländer fühlen sich in ihrer Niederlassung vollkommen sicher, obwohl amtlich noch nicht bekanntgegeben wurde, daß die Niederlassung respektiert wird. Die Deutschen, deren Anzahl 107 beträgt, haben auf die Dächer ihrer Häuser und an die Hausfronten große Hakenkreuze gemalt, um ihren Besitz gegen Fliegerangriffe kenntlich zu machen. Der Wert des Hankauer deutschen Haus- und Grundbesitzes beträgt sechs Millionen Mark. Der Wert der Warenlager deutscher Kaufleute beläuft sich auf drei Millionen Mark. Die Gesamtzahl der Ausländer in Hankau übersteigt 800. Dazu kommen noch 900 Japaner und 200 Inder.

Die tschechischen Kommunisten sollen nach Spanien

„Rettung für die Weltrevolution" – Barcelona will die Transportkosten übernehmen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Oktober.

Wie wir bereits berichteten, sind die tschechischen Kommunisten insofern in einer schwierigen Lage, als Moskau sie nicht aufnehmen will und auch die Nachbarländer der Tschecho-Slowakei sich gegen diesen unerwünschten Zustrom sichern. Als Retter in der Not findet sich jetzt aber Rotspanien. Wenigstens wird aus Barcelona gemeldet, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rotspaniens an die Komintern das Ersuchen richtete, die tschechischen Kommunisten schleunigst nach Rotspanien zu schaffen, bevor sie durch die Unterbringung im Konzentrationslager „für die Weltrevolution verlorengehen", während sie in Rotspanien „für die Demokratien Europas kämpfen könnten". Die Kosten des Transports würde Barcelona übernehmen. Man rechnet im Lager der spanischen Bolschewisten mit dem Einverständnis der Komintern, die nach der Niederlage in der Tschecho-Slowakei gar zu gern wenigstens irgendwo anders einen „Erfolg" vorweisen würde. Natürlich äußern die spanischen Bolschewistenblätter auch Sorge um das Schicksal der tschechischen Oberkommunisten und meinen, „es sei Pflicht der Oeffentlichkeit Europas, sie zu retten". (!)

Rote Bonzen entfernen ihre Plakate

Drahtmeldung der „Dresdner Nachrichten"

Prag, 22. Oktober.

Die Auflösung der Kommunistischen Partei in der Tschecho-Slowakei hat in der Bevölkerung eine allgemeine Erleichterung ausgelöst. Es konnte mehrfach beobachtet werden, wie einst gefürchtete Moskauer Agenten unter Anleitung der Polizei die von ihren Genossen angebrachten schreienden Plakate unter dem Jubel der Bevölkerung wieder entfernen mußten.

Wandel der litauisch-deutschen Beziehungen?

Londoner Blätter melden: „Spannung im Memelgebiet – Litauen hat Schuld"

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Oktober.

Die memelländische Landtagssitzung, die am Freitag mit der Tagesordnung „Protest gegen das neue Staatsschutzgesetz" stattfinden sollte und der man mit großer Spannung entgegensah, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Ueber die Gründe liegen noch keine Mitteilungen vor. Die Zeitung „Lietuwos Zinios" in Kowno schreibt, es sei wichtig, daß die korrekten Beziehungen zu Deutschland größere Festigkeit und Beständigkeit erlangten. Litauen wünsche ein gutes Verhältnis zu Deutschland. In einem Artikel der Zeitung „20. Jahrhundert" heißt es, Warschau und Berlin seien nun einmal Litauens unmittelbare Nachbarn, und es sei wohl die praktischste Politik, zu versuchen, einen Ausgleich mit ihnen anzustreben.

Wir verzeichnen diese litauischen Pressestimmen, müssen dem allerdings hinzufügen, daß das bisherige Verhalten der Litauer im Memelgebiet nicht gerade geeignet gewesen ist, die Herzen der Memelländer zu gewinnen und auf diesem Wege ein wirklich gutnachbarliches Verhältnis zu Deutschland herzustellen. Wenn sich nunmehr hierin ein Wandel vollziehen sollte, so wäre das sehr zu begrüßen.

Der litauische Gouverneur des Memelgebietes hat am 21. Oktober dem Direktorium des Memelgebietes mitgeteilt, daß er gegen die am 6. Oktober vom Memelländischen Landtag dringlich erlassenen zwei Gesetze — 1. das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Memelgebiet, 2. das Gesetz betr. selbständige Ausübung eines Handwerks als stehendes Gewerbe im Memelgebiet — sein Veto einlegt.

*

London, 22. Oktober.

Verschiedene Londoner Blätter befassen sich seit einigen Tagen mit den Zuständen im Memelgebiet. Sie sprechen von einer Spannung im Memelgebiet. Der „Daily Telegraph" hat einen eigenen Korrespondenten nach Memel entsandt, der unter anderem schreibt, man könne sich kaum der Schlußfolgerung entziehen, daß die litauische Regierung Schuld an dieser neuen Spannung hat, indem sie den Memelländern durch ihr Verhalten Grund zur Unzufriedenheit gegeben habe.

Auflösung deutscher Studentenbünde in Dorpat

Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Reval, 22. Oktober.

Das Sekretariat der estländischen Landesuniversität Dorpat gibt durch eine amtliche Mitteilung bekannt, daß auf Grund des neuen Hochschulgesetzes der Verband estnischer Studentenvereine, der Verband estnischer Korporationen und der Deutsche Chargiertenkonvent der Liquidation unterliegen. Im Chargiertenkonvent waren die Korporationen der deutschen Studenten zusammengeschlossen. Für das Deutschtum in Estland ist diese Maßnahme von schwerwiegender Bedeutung. Die deutschen Studentenkorporationen haben in der Geschichte des baltischen Deutschtums eine sehr große Rolle gespielt und in kultureller Hinsicht diese deutsche Volksgruppe sehr wesentlich beeinflußt. Sie entstanden zu Anfang des 19. Jahrhunderts und hatten ihre große Zeit, solange die Dorpater Universität eine deutsche Hochschule war. Unter ein Kapitel der Geschichte des baltischen Deutschtums wird nunmehr der Schlußstrich gezogen. Die „Revalsche Zeitung", das Organ des estländischen Deutschtums, schreibt: „Nunmehr muß es sich herausstellen, ob der Geist der Zusammengehörigkeit der deutschen Studenten so stark ist, daß aus ihm sich ungeschriebene Gesetze der Kameradschaft herauskristallisieren werden."

Neue Steuern für die Rüstung in USA. Zur Finanzierung des von Präsident Roosevelt angekündigten erweiterten Aufrüstungsprogramms wird in Schatzamtskreisen eine zehnprozentige Erhöhung der Einkommensteuer neben anderen Deckungsmöglichkeiten ernstlich erwogen. Wie der Finanzminister mitteilt, ist die endgültige Entscheidung hierüber jedoch noch nicht gefallen. Auf der Grundlage der diesjährigen Voranschläge würde sich eine zusätzliche Einnahme von 200 Millionen Dollar ergeben.

Generalbereinigung

Man will es kaum glauben, daß Europa noch vor drei Wochen an der Schwelle eines Krieges stand. Der furchtbare Alpdruck eines neuen Weltbrandes ist schnell gewichen. Verflüchtigt hat sich aber auch der allzu große Optimismus, den man hier und da an das Münchener Friedensabkommen knüpfte. Das Alltagsgetriebe der internationalen Politik ist wieder in Gang gekommen, und hochfliegende Pläne sind entweder im Sande verlaufen oder mußten erheblich zurückgesteckt werden. Wir sind darüber nicht allzu traurig. Wer die tiefgehende Bedeutung der Münchener Tage in ihrem ganzen Umfange begriffen hat, für den konnte es keinen rosenroten Optimismus geben. Eine ganze Welt ist hier zusammengebrochen, die Welt von Versailles, und neue politische Welten werden nicht in wenigen Tagen geboren. Die Fronten und die Geister müssen sich erst klären, ehe neue Bindungen eingegangen werden können. Im Augenblick ist noch alles in der Schwebe, und erst die nächsten Wochen werden zeigen, wohin die Fahrt geht. Uebertriebene Hoffnungen sind dabei ebensowenig angebracht wie allzu großer Pessimismus, der sich besonders bei den Westmächten breitzumachen scheint. Das Eisen von München ist zwar nicht mehr so heiß wie bei dem spontanen Friedensabkommen Hitler—Chamberlain, es läßt sich aber noch immer schmieden.

Die Gründe für die Hinauszögerung der großen Generalbereinigung, vor die sich Europa heute gestellt sieht, liegen nicht bei uns. Selten war die deutsche Außenpolitik in ihren Zielen und Methoden so klar umrissen wie heute. Das ist bei den Westmächten leider nicht der Fall. Dort hat man erst nach und nach begriffen, daß in München nicht nur die tschechische Frage bereinigt, sondern daß ein Schlußstrich unter 20 Jahre europäische Politik gezogen worden ist, über der das Kennwort „Versailles" stand. Die Schwerfälligkeit parlamentarischer Demokratien macht den Engländern und Franzosen das Umdenken nicht leichter. Baldwin, einer der ersten Repräsentanten dieser Regierungsform, hat einmal gesagt, daß die Demokratien in allen Dingen jeweils um zwei Jahre zurück sind. Das trifft auch hier zu, denn die öffentliche Meinung in England ist heute gerade bei einer politischen Geisteshaltung angelangt, wie sie den Problemen des Jahres 1936 entsprochen haben würde. Den entscheidenden Entwicklungen des Jahres 1938 kann diese Haltung aber noch nicht gerecht werden. In den autoritären Staaten besteht zwischen Volk und Führung eine Einheit, es gibt keine Zwischenträger. Ein politisches Ziel erwächst aus den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft, und für seine erfolgreiche Verwirklichung wird diese Volksgemeinschaft geschlossen eingesetzt. Bei den Demokratien ist es anders; dort hat ein politischer Gedanke erst eine Fülle von Instanzen zu durchlaufen, ehe er in die Tat umgesetzt werden kann.

Da wir bei außenpolitischen Fragen die Demokratien nehmen müssen, wie sie sind, ist an dieser schwerfälligen Meinungsbildung nicht viel zu ändern. Es wäre vielleicht auch gar nicht gut, wenn unter dem Eindruck einer augenblicklichen Friedensbegeisterung Abmachungen und Verträge geschlossen werden, die nachher die Parlamente zerpflücken und zerreden. Deshalb sollen die westlichen Großmächte ruhig Zeit erhalten, um die inneren Voraussetzungen für die große Neuordnung zu klären. An Abmachungen, hinter denen nicht eine überwiegende Mehrheit des Volkes steht und die von einer anderen Regierung möglicherweise praktisch außer Kraft gesetzt werden können, ist uns nichts gelegen. Wir wissen aus eigener, bitterer Erfahrung, wohin Verträge führen, hinter denen nicht die Völker aller beteiligten Unterzeichnermächte stehen.

Die Schwierigkeiten, die einer Ausweitung des Münchner Abkommens noch im Wege stehen, sind ideologischer und realpolitischer Natur. Bezeichnenderweise haben die ideologischen an Bedeutung verloren. Der Gegensatz zwischen autoritären und formaldemokratischen Staaten hat sich abgeschliffen. München ist das überzeugende Beispiel, daß sich zwischen Regierungen beider Systeme sehr wohl paktieren läßt. Die gewaltigen Erfolge Deutschlands und Italiens auf

WIR BRINGEN HEUTE

Soldatenstädte zum Schutze des Suezkanals .. Seite 3
Pax Americana ..... Seite 4
Wächter an eiserner Straße ..... Seite 6
Eine „Glashütter" — das sagt alles! ..... Seite 9
Fremdkörper im sudetendeutschen Bankwesen .. Seite 12
Der Berg aus Erz ..... Seite 17
Der „letzte Inka" spricht deutsch ..... Seite 18
Beilage „Die Frau und ihre Welt" ..... Seite 19
Beilage „Ueber dem Alltag" ..... Seiten 23/24
Reise- und Bäderbeilage ..... Seite 28